

Verstärkter Produktionsrückgang im Baugewerbe	147
Beschäftigungseffekte des Osthandels nicht überschätzen	154

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/81

Berlin

26. März 1981

48. Jahrgang

Reibart

Verstärkter Produktionsrückgang im Baugewerbe

Die Bautätigkeit ist 1978 und 1979 in der Bundesrepublik kräftig ausgeweitet worden. Schon Anfang 1980 fand diese Entwicklung jedoch ihr Ende, obwohl das Bauvolumen – witterungsbedingt – zunächst noch hohe Zuwachsraten aufwies. Im Laufe des vergangenen Jahres schwächte sich die Bautätigkeit in allen Bereichen, der rückläufigen Nachfrage folgend, ab. Gegen Ende des Jahres 1980 war die Tendenz im Wohnungsbau, besonders aber im Straßenbau rezessiv.

Das reale Bauvolumen übertraf 1980 das Vorjaheresergebnis um etwa 3,5 vH; dabei konnten die Wirtschaftsbauten ihren Anteil am gesamten Bauvolumen weiter vergrößern. Bis Ende des vergangenen Jahres verringerte sich der Preisanstieg auf 9 vH; wegen der hohen Preissteigerungen bis zur Mitte des Jahres ergab sich für den Jahresdurchschnitt eine Verteuerung um 10 vH. Das nominale Bauvolumen stieg um 32 Mrd. auf 259 Mrd. DM.

Bei rückläufiger Nachfrage wird 1981 das Bauvolumen real um 4 bis 5 vH sinken; davon wird insbesondere der öffentliche und Verkehrsbau betroffen sein.

Nachfrage und Produktion

Der tendenzielle Rückgang der Nachfrage, der sich bereits im zweiten Halbjahr 1979 abzeichnete, hat sich seit dem Frühjahr 1980 verstärkt. Im Vorjahresvergleich gingen die realen Auftragseingänge vom zweiten Quartal an im Bauhauptgewerbe kräftig zurück. In saisonbereinigter Betrachtung ergab sich jedoch im vierten Quartal 1980 eine Besserung in der Nachfrageentwicklung.

Mit entsprechender Verzögerung schwächte sich die Bauproduktion ab. Wegen der noch relativ hohen Auftragsbestände kam es aber erst im vierten Quartal 1980 zu dem erwarteten deutlichen Produktionsrückgang.

In den verschiedenen Baubereichen und Produzentengruppen entwickelten sich Nachfrage und Produktion nicht gleichgerichtet. Der Straßenbau, der Wohnungsbau und der sonstige öffentliche Tief-

bau waren vom Rückgang der Bautätigkeit am stärksten betroffen. Während sich die Produktion im Bauhauptgewerbe allmählich abflachte und es im vierten Quartal bereits zu kräftigen Produktionseinschränkungen kam, hielten sich die Ausbauleistungen – im Neubau sowie bei den Reparaturen und Modernisierungen – auf hohem Stand.

Wohnungsbau

Die Nachfrage im Wohnungsbau wird gegenwärtig insbesondere durch die Entwicklung der Zinsen und der Baulandpreise beeinflusst. Infolge der Hochzinspolitik der Bundesbank sind die Zinsbelastungen der potentiellen Bauherren stark gestiegen. Der durchschnittliche Hypothekenzins ist nach seinem Höchststand von etwa 10% im April vergangenen Jahres und einem deutlichen Rückgang in den Folgemonaten gegenwärtig erneut auf etwa 10% gestiegen. Die Baulandpreise erreichten im dritten

Entwicklung des Bauvolumens nach Baubereichen

Jahr	Wohnbauten	Wirtschaftsbau		Öffentliche und Verkehrsbauten				Bauvolumen insgesamt
		Hochbau	Tiefbau	insgesamt	Hochbau	Straßenbau	Sonstiger Tiefbau	
<u>Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill.DM</u>								
1979 I	20 240	8 300	2 630	9 370	4 140	2 160	3 070	40 540
II	28 350	11 040	3 940	16 700	5 630	5 240	5 830	60 030
III	29 800	11 450	4 120	17 480	5 840	5 560	6 080	62 850
IV	30 090	11 820	4 300	17 730	6 060	5 170	6 500	63 940
Jahr	108 480	42 610	14 990	61 280	21 670	18 130	21 480	227 360
1980 I	26 410	10 910	3 560	13 750	5 390	3 630	4 730	54 630
II	31 620	12 640	4 490	18 560	6 210	5 850	6 500	67 310
III	32 750	13 310	4 680	19 570	6 700	6 000	6 870	70 310
IV	31 190	13 000	4 710	18 150	6 580	4 840	6 730	67 050
Jahr	121 970	49 860	17 440	70 030	24 880	20 320	24 830	259 300
<u>Preisentwicklung (1970 = 100)</u>								
1979 I	163,4	150,9	143,8	151,6	160,7	143,6	146,2	156,5
II	169,3	156,4	149,9	156,9	166,4	151,3	153,7	161,9
III	174,2	159,0	152,5	162,1	170,8	157,5	158,5	166,3
IV	176,2	160,8	154,3	163,7	172,7	158,7	160,1	168,0
Jahr	171,3	157,2	150,7	159,4	168,2	154,2	155,7	163,8
1980 I	181,6	166,1	159,2	169,7	178,3	165,4	164,0	173,7
II	188,8	172,6	165,6	176,5	185,4	173,0	171,8	180,5
III	191,3	174,2	167,0	178,6	187,4	175,1	173,7	182,5
IV	192,5	175,4	167,6	179,0	188,5	174,4	173,6	183,4
Jahr	188,8	172,2	165,2	176,3	185,2	172,5	171,2	180,3
<u>Bauvolumen zu Preisen von 1970</u>								
in Mill.DM								
1979 I	12 390	5 500	1 829	6 180	2 576	1 504	2 100	25 899
II	16 746	7 058	2 628	10 640	3 384	3 463	3 794	37 071
III	17 107	7 203	2 701	10 786	3 419	3 530	3 837	37 796
IV	17 082	7 351	2 788	10 828	3 509	3 258	4 061	38 048
Jahr	63 324	27 112	9 945	38 434	12 887	11 756	13 792	138 815
1980 I	14 543	6 570	2 236	8 102	3 023	2 195	2 884	31 450
II	16 748	7 323	2 711	10 515	3 349	3 382	3 784	37 297
III	17 116	7 641	2 802	10 958	3 576	3 427	3 956	38 517
IV	16 200	7 413	2 810	10 142	3 490	2 776	3 876	36 565
Jahr	64 607	28 947	10 559	39 716	13 437	11 779	14 500	143 829
<u>Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH</u>								
1979 I	- 1,8	0,2	9,3	- 6,6	- 4,0	- 10,0	- 7,0	- 1,9
II	7,6	7,3	16,8	8,0	4,6	8,4	11,0	8,3
III	7,9	7,1	18,1	8,8	4,5	8,8	13,0	8,7
IV	9,9	9,2	13,9	9,8	5,2	11,3	12,9	10,0
Jahr	6,3	6,2	14,9	6,1	2,9	6,5	8,9	6,8
1980 I	17,4	19,4	22,3	31,1	17,4	45,9	37,3	21,4
II	0,0	3,8	3,2	- 1,2	- 1,0	- 2,4	- 0,3	0,6
III	0,1	0,1	3,8	1,6	4,6	- 2,9	3,1	1,9
IV	- 5,2	0,8	0,8	- 6,3	- 0,5	- 14,8	- 4,6	- 3,9
Jahr	2,0	6,8	6,2	3,3	4,3	0,2	5,1	3,6

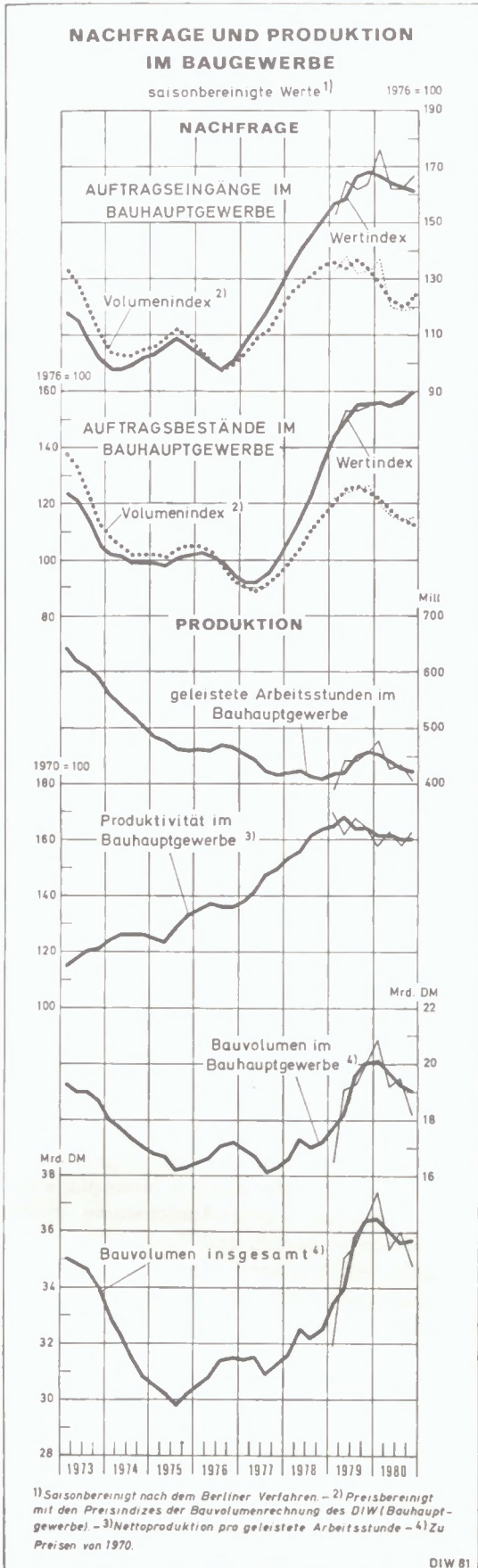
Quartal 1980 ihre bisher höchste Zuwachsrate. Während im dritten Quartal 1979 der durchschnittliche Preis für baureifes Land noch bei DM 69,09/m² lag, betrug er im dritten Quartal 1980 bereits DM 87,89/m². Im Vorjahresvergleich bedeutet dies einen Anstieg um 27 vH¹. Von wesentlichem Einfluß auf die Nachfrage im Wohnungsbau sind auch die Baupreise, die 1980 um etwa 10 vH höher waren als vor Jahresfrist.

Trotz der noch hohen Zinsen, Baulandpreise und Baukosten scheint jedoch der Nachfragerückgang abgremst worden zu sein. Darauf deutet

der Frühindikator „Kapitalzusagen“ hin, der eine Wende in der Nachfrageentwicklung im Wohnungsbau signalisiert. Bereits seit Mitte vergangenen Jahres ist hier eine Aufwärtsbewegung zu beobachten.

Eine Aufgliederung nach Finanzierungsinstitutionen zeigt indes, daß dieser Anstieg allerdings nur durch den sehr starken Zuwachs der Zusagen der

¹ Bei Eigenheimbauten in Ballungsgebieten beläuft sich der Kostenanteil für Bauland mittlerweile auf mehr als ein Drittel.



Pfandbriefinstitute, die z. Z. relativ günstige Finanzierungsbedingungen anbieten, erreicht werden konnte. Die Bausparkassen, insbesondere aber die Sparkassen verausgabten sich offenbar zur Zeit des niedrigen Zinsniveaus; sie mußten daher 1980 ihre Zusagen teilweise erheblich einschränken.

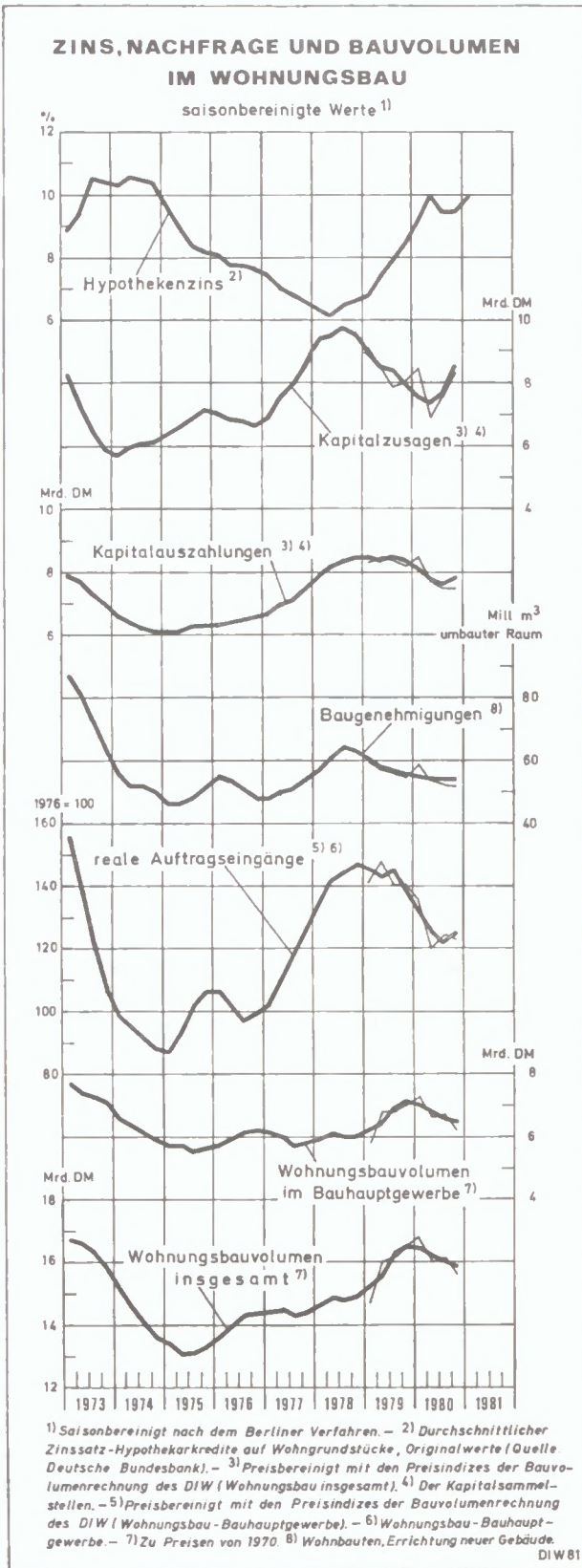
Die Aufwärtsentwicklung der Kapitalzusagen läßt mehrere Interpretationen zu, deren Gewicht sich im einzelnen aber schwer abschätzen läßt:

- Viele Bauherren waren gezwungen umzuschulden, weil mittelfristige Wohnungsbaudarlehn aus der letzten Niedrigzinsphase zunehmend auslaufen.
- Bereits begonnene Bauten haben sich wesentlich verteuert, so daß eine Nachfinanzierung erforderlich war.
- Der vorübergehend rückläufige Zinssatz Mitte 1980 wirkte bereits stimulierend auf die Nachfrage.
- Viele Bauherren haben auf Grund anderweitiger günstiger Finanzierungsbedingungen den Beginn ihrer Projekte nach einer bestimmten Wartezeit nicht weiter hinausgezögert. So bieten Hypothekenbanken z. Z. günstigere Konditionen an als andere Institutionen. Andererseits werden exorbitante Zinssteigerungen durch steuerlichen Abzug von Schuldzinsen²⁾, Einräumung von Disagio, Zurverfügungstellung von variablen Hypotheken, Vorschuldarlehn oder diversen Zwischenfinanzierungsmöglichkeiten tragbarer.
- Etliche potentielle Bauherren erwarten weitere Zins-, Bauland- und Baupreissteigerungen und ziehen daher Bauprojekte vor, die sie sonst später realisiert hätten.
- Außerdem sollte berücksichtigt werden, daß ein Teil des Anstiegs der Kapitalzusagen nicht dem Rohbau, sondern vermutlich verstärkt Modernisierungszwecken, ein weiterer Teil der zunehmenden Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zuzurechnen ist.

Die Trendwende bei den Kapitalzusagen hat sich mit Verzögerung bereits auf die Kapitalauszahlungen, die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen ausgewirkt. Gemessen an den Kapitalauszahlungen und den realen Auftragseingängen hat sich der Nachfragerückgang bereits abgeschwächt. Bei beiden Indikatoren ist im vierten Quartal 1980 saisonbereinigt sogar eine leichte Aufwärtsbewegung festzustellen.

Von Einfluß auf den Wohnungsbau ist auch der Bauüberhang zum Jahreswechsel. Seine Interpreta-

²⁾ Insbesondere im Zusammenhang mit Bauherrenmodellen und unechten Zweifamilienhäusern.



tion ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings problematisch, da anzunehmen ist, daß die für 1979 ausgewiesenen Genehmigungen wegen der statisti-

schon Umstellung zu niedrig und die für 1980, dem Jahr der konjunkturellen Abschwächung, ausgewiesenen Genehmigungen überhöht sind.

Folgt man den verfügbaren Informationen, so ergeben sich für Anfang 1980 440 000 im Bau befindliche Vorhaben, d. h. etwa 30 000 mehr als 1979. Der Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben lag Anfang letzten Jahres dagegen mit etwa 150 000 um 20 000 unter dem Ergebnis von 1979. So ergab sich insgesamt ein Bauüberhang, der mit 590 000 Wohnungen um 10 000 Wohnungen höher war als Anfang 1979. Da jedoch die Baugenehmigungen 1980 denen von 1979 entsprachen (380 000), ergeben sich – unter Berücksichtigung der Löschungen und der bis Ende 1980 noch nicht begonnenen Bauvorhaben – für das letzte Jahr weniger Baubeginne als für 1979.

Berücksichtigt man ferner, daß nach ersten vorläufigen Schätzungen 1980 etwa 360 000 bis 370 000 Bauvorhaben fertiggestellt worden sind, so bedeutet dies, daß im Wohnungsbau-Boom von 1979 weniger Wohnungen fertiggestellt worden sind als 1978, in der Phase der Abschwächung der Baukonjunktur 1980 dagegen mindestens gleich viel wie 1979.

Aus diesem Grunde sind die vorläufigen Jahresergebnisse der Baugenehmigungen und der Fertigstellungen schwer zu erklären und als Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung wenig geeignet.

Der Nachfragerückgang im Wohnungsbau, der bereits Anfang 1979 eingesetzt hat, wirkte sich erst 1980 auf die Produktion aus. Witterungsbedingt war im ersten Quartal 1980 noch ein realer Anstieg des Bauvolumens gegenüber Vorjahr von etwa 17 vH zu verzeichnen. In den beiden Folgequartalen stagnierte der Wohnungsbau. Im vierten Quartal kam es bereits zu deutlichen Produktionseinschränkungen, so daß sich lediglich aufgrund der hohen Zuwachsrates im ersten Quartal für das gesamte Jahr noch ein reales Wachstum von 2 vH ergab. Dieses Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Wohnungsbau – unter Ausschaltung von Witterungseinflüssen – bereits seit Ende 1979 tendenziell rückläufig ist. Während die Rohbauleistungen diesem Trend weitgehend entsprachen und hier im vierten Quartal scharfe Produktionseinschränkungen zu verzeichnen waren, schwächten sich die Ausbauleistungen im vergangenen Jahr nur allmählich ab und stagnierten im letzten Quartal 1980.

Die Nachfrageentwicklung in diesem Jahr wird weitgehend von den künftigen Zins-, Baukosten- und Baulandpreissteigerungen abhängen. Die Hypothekenzinsen werden 1981 durch die Hochzinspolitik der Bundesbank bestimmt. Erfahrungsgemäß sinken

die Zinsen nach Erreichen des Höhepunktes jedoch erst allmählich wieder. Ein nachfragestimulierendes Zinsniveau dürfte wohl erst 1982 erreicht werden. Der Preisanstieg im Wohnungsbau hat sich bereits im dritten Quartal 1980 abgeschwächt. Die gegenwärtige Rate von etwa 9 vH wird im Verlaufe dieses Jahres nachfragebedingt weiter zurückgehen. Eine Beruhigung des Anstiegs der Baulandpreise ist dagegen noch nicht in Sicht.

Bei gestiegenen Hypothekenzinsen, weiterhin hohen Baukosten und hohen Baulandpreisen, aber auch bei ungünstigeren Einkommenserwartungen ist für die Nachfrage im Wohnungsbau in diesem Jahr kaum mit einem merklichen Anstieg zu rechnen. Berücksichtigt man ferner den time-lag zwischen Nachfrage und Bautätigkeit, so gilt dies in noch stärkerem Maße für die Produktion, insbesondere im Rohbau. Auch die Ausbauleistungen in Neubauten werden sich im Laufe des Jahres weiter abschwächen. Dagegen dürften die Reparatur- und Modernisierungsleistungen noch hoch bleiben. Insgesamt ist daher mit einem Rückgang des realen Wohnungsbauvolumens in Höhe von 4 vH zu rechnen.

Wirtschaftsbau

Schon im zweiten Halbjahr 1979 deutete sich ein Rückgang der Nachfrage im Wirtschaftsbau an. Dieser setzte sich nach einem Anstieg im ersten Quartal 1980 fort. Gegen Ende 1980 hat sich die Nachfrage erneut leicht belebt, doch schlugen hier zwei Großaufträge im Bereich des Messebaus zu Buche. Insgesamt läßt sich gegenwärtig eine eindeutige Tendenz nicht feststellen. Die Nachfrage im gewerblichen Hochbau scheint auf hohem Niveau zu stagnieren; im gewerblichen Tiefbau ist sie stark rückläufig.

Das reale Bauvolumen im Wirtschaftsbau nahm 1980 um 6,5 vH zu; dabei expandierte – und dies entspricht der längerfristigen Nachfrageentwicklung – der gewerbliche Hochbau stärker als der gewerbliche Tiefbau.

Maßgebend für die Einschätzung der Entwicklung im Jahr 1981 ist die sich abschwächende Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Das hohe Zinsniveau, hohe Baupreissteigerungen, eine Verschlechterung der Ertragsverhältnisse (durch die Verteuerung von eingeführten Vormaterialien, z. B. Erdöl, und einen verstärkten Lohnkostendruck) sowie insbesondere ungünstige Absatzerwartungen lassen für 1981 keine reale Zunahme der Investitionen erwarten. Gegenwärtig nimmt darüber hinaus die Neigung, Erweiterungsinvestitionen mit tendenziell höheren Bauanteilen vorzunehmen, weiter ab. Einer Umfrage des Ifo-Instituts zufolge betrachtet 1981 nur etwa ein Drittel der befragten Unterneh-

men die Erweiterung als vorrangiges Investitionsziel, überwiegend (41 vH) wird die Rationalisierung im Vordergrund stehen, während lediglich 25 vH dieser Unternehmen der Ersatzbeschaffung den Vorzug einräumen.

Investitionsprognosen für die Gesamtwirtschaft in diesem Jahr gehen davon aus, daß nach einer Phase fühlbarer Abschwächung die Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen. Von daher dürfte die Bautätigkeit im gewerblichen Bereich bereits im zweiten Halbjahr wieder nach oben tendieren, so daß sich im Jahresdurchschnitt ein Rückgang des Bauvolumens von etwa 2 vH ergibt.

Öffentlicher und Verkehrsbau

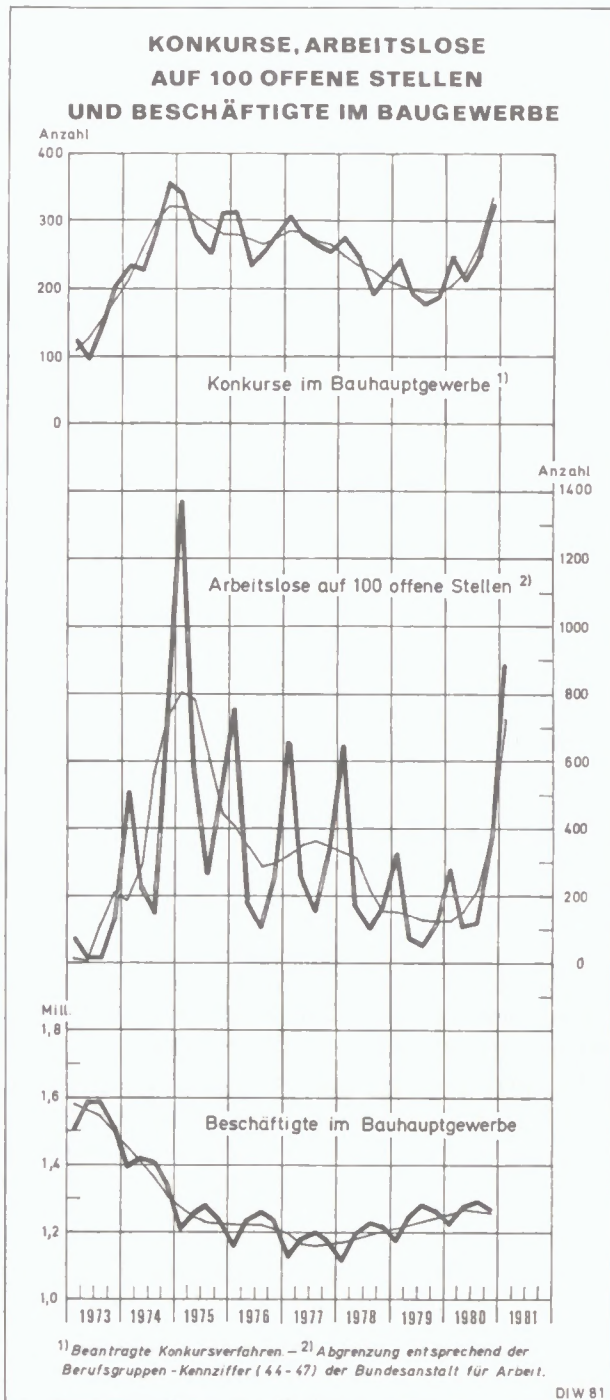
Erwartungsgemäß setzte sich 1980 die bereits 1979 festzustellende Abnahme der Baunachfrage des Staates fort. Wesentlich dazu beigetragen haben das Auslaufen des Programms für Zukunftsinvestitionen sowie Bestrebungen der Finanzpolitik, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

Der Rückgang der Nachfrage im öffentlichen Bau wurde vor allem durch die Situation im Straßenbau bestimmt; die realen Auftragseingänge in diesem Bereich verzeichneten Rückgänge von über 20 vH und haben damit das niedrigste Niveau der letzten zehn Jahre erreicht. Auch die Nachfrage im sonstigen öffentlichen Tiefbau und im öffentlichen Hochbau bildete sich zurück. Die starke Nachfrageminderung vom Frühjahr 1980 an hat beim öffentlichen und Verkehrsbau zu negativen Wachstumsraten des Bauvolumens geführt. Der Straßenbau entwickelte sich im letzten Quartal bereits rezessiv.

Für 1981 sind aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen nur noch etwa 2 Mrd. DM an Auftragsvergaben vorgesehen; inwieweit Kürzungen in den Kernhaushalten die Wirkungen aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen kompensieren werden, bleibt abzuwarten. Außerdem werden in diesem Jahr die Konsolidierungsbestrebungen der öffentlichen Haushalte zu Lasten der investiven Ausgaben gehen.

Im öffentlichen und Verkehrsbau werden 1981 daher Nachfrage und Produktion – im Vorjahresvergleich – weiter rückläufig sein, im öffentlichen Hochbau u. a. wegen der Kürzungen im Schul-, Hochschul- und Studentenwohnheimbau, im Straßenbau wegen der Etatkürzungen für den Ausbau der Bundesfernstraßen und wegen der rückläufigen Ausgabenansätze der Gemeinden für den Gemeindestraßenbau. Nach einer Vorschau des Deutschen Städtetages dürfte bei Ausgaben für Sachinvestitionen der Städte und Gemeinden eine Rücknahme um etwa 5 vH zu erwarten sein.

Insgesamt lassen die Ansätze der öffentlichen Haushalte für Sachinvestitionen einen deutlichen



Rückgang der Ausgaben erwarten. Unter Berücksichtigung einer weiteren Verringerung des Preisauftriebs dürfte sich das Bauvolumen im öffentlichen und Verkehrsbau 1981 real um mindestens 8 vH verringern.

Konkurse, Arbeitslose und Beschäftigte

Die rückläufige Baukonjunktur schlägt sich bei den Indikatoren der Nachfrage, aber auch in der Insolvenzstatistik nieder. Von 1975 bis 1979 war die

Zahl der beantragten Konkursverfahren rückläufig. Im Februar 1980 hat sich die Entwicklung umgekehrt; die Zahl der Konkurse zog kräftig an und lag in nahezu allen Folgemonaten über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis. Die 1980 beantragten Konkursverfahren übertrafen das Ergebnis von 1979 im Durchschnitt um 21 vH, im vierten Quartal 1980 sogar um 55 vH. Diese Entwicklung traf ausschließlich das Bauhauptgewerbe, im Ausbaugewerbe wurde etwa die gleiche Zahl der Konkurse gemeldet wie im Jahr zuvor.

Daß rezessive Tendenzen an Gewicht gewinnen, zeigt auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Bauarbeiter. Die Anspannung des Bau-Arbeitsmarktes hatte sich 1980 in Teilbereichen spürbar gelockert. Während die Relation Arbeitsuchende zu offenen Stellen noch im Februar 1979 4:1 und im Februar 1980 3:1 ausmachte, schnellte sie witterungs- und saisonbedingt, insbesondere aber konjunkturell bedingt im Januar 1981 auf 12:1; im Februar betrug dieses Verhältnis noch 9:1. Derartige Relationen wurden zuletzt 1975 festgestellt. Im Februar 1981 stieg die Zahl der Arbeitslosen um 42 000 gegenüber dem Vorjahr; das entspricht einer Steigerung von 55 vH. Die Arbeitslosenzahl im Baugewerbe beträgt damit zur Zeit annähernd 120 000, wobei die günstigere Witterung einen noch kräftigeren Anstieg verhinderte.

Die Zahl der offenen Stellen hat sich im Vorjahresvergleich nahezu halbiert und beträgt nunmehr 13 000. Die Zahl der Kurzarbeiter im Baubereich war mit annähernd 20 000 höher als jemals zuvor.

Für die Zahl der Beschäftigten ergibt sich bereits seit dem zweiten Quartal 1980 saisonbereinigt ein Rückgang. Gegenüber dem Vormonat wurde im Dezember 1980 die Zahl der Beschäftigten um über 20 000 reduziert, d. h. stärker als saisonüblich; im Vorjahresvergleich betrug die Abnahme 10 000. Während 1980 die Zahl der Auszubildenden erneut stieg, wurden — entgegen den Wünschen und öffentlichen Verlautbarungen der Bauindustrie, Fachkräfte halten zu wollen und neue hinzuzugewinnen — verstärkt Facharbeiter (— 7 000) und Fachwerker (— 9 000) freigesetzt. Im Laufe der nächsten Monate dürfte sich bei rückläufiger Produktion der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten weiter verringern. Auch wenn sich dabei das Wachstum der Beschäftigtenproduktivität deutlich abschwächt, wird die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe weiter kräftig zurückgehen. Die im Herbst 1980 gestellte Prognose³ eines Abbaus der Beschäftigung in die-

³ Bauwirtschaft: Beschäftigungsrisiken nehmen zu. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 41-42/80.

Entwicklung des Bauvolumens nach Produzentengruppen und Baubereichen

in Mrd DM zu Preisen von 1970

Zuwachsraten in vH

	1978	1979	1980 ¹⁾	1981 ²⁾	1978	1979	1980 ¹⁾	1981 ²⁾
a) nach Produzentengruppen								
Bauhauptgewerbe	69,01	74,76	77,90	72,9	4,4	8,3	4,2	- 6,5
Hochbau	42,94	46,22	48,15	.	2,1	7,6	4,2	
Tiefbau	26,07	28,54	29,75	.	8,6	9,5	4,2	
Ausbaugewerbe	29,63	30,68	31,44	30,8	0,1	3,5	2,5	- 2
Verarbeitendes Gewerbe	9,52	10,08	34,50	33,5	2,0	5,9		
Architektenleistungen, Gebühren	8,04	8,62			7,3	7,4	3,4	- 3
Sonstige Bauleistungen	13,80	14,67			7,6	6,3		
Bauvolumen insgesamt	130,00	138,81	143,84	137,2	3,7	6,8	3,6	-4,5
b) nach Baubereichen								
Wohnungsbau	59,58	63,32	64,61	62,0	3,0	6,3	2,0	- 4
Wirtschaftsbau	34,18	37,06	39,51	38,7	2,3	8,4	6,6	- 2
Gewerblicher Hochbau	25,53	27,11	28,95	.	1,4	6,2	6,8	.
Gewerblicher Tiefbau	8,66	9,95	10,56	.	5,2	14,9	6,1	.
Öffentlicher und Verkehrsbau	36,24	38,43	39,72	36,5	6,4	6,0	3,4	- 8
Öffentlicher Hochbau	12,53	12,89	13,44	.	2,8	2,9	4,3	.
Straßenbau	11,04	11,76	11,78	.	8,6	6,5	0,2	.
Sonstiger Tiefbau	12,67	13,79	14,50	.	8,2	8,9	5,1	.
1) Vorläufig.								
2) Geschätzt.								

sem Jahr in der Größenordnung von 100 000 dürfte sich somit bestätigen.

Ausblick

1981 wird das Bauvolumen voraussichtlich um real 4,5 vH und damit deutlich stärker abnehmen als das Bruttosozialprodukt. Der Rückgang wird besonders den öffentlichen und Verkehrsbau treffen (- 8 vH); der Wirtschaftsbau wird nur geringfügig zurückgehen (- 2 vH) und daher seinen Anteil am gesamten Bauvolumen weiter erhöhen, während der Wohnungsbau (- 4 vH) etwa im gleichen Tempo wie das gesamte Bauvolumen abnehmen wird. Von dem Produktionsrückgang wird insbesondere das Bauhauptgewerbe betroffen (- 6,5 vH); die Ausbauleistungen (- 2 vH) werden ebenfalls zurückgehen, doch werden sie sich wegen der umfangreichen Reparatur-

und Modernisierungsleistungen noch auf hohem Niveau bewegen.

Der Zeitpunkt der konjunkturellen Erholung der Bauwirtschaft wird in diesem Jahr von der Baukostenentwicklung, insbesondere aber von der Finanz- und Geldpolitik bestimmt. Die Finanzpolitik hat für den Bereich der öffentlichen Investitionen die Richtung und weitgehend auch das Niveau festgelegt. Die Entwicklung im Wirtschafts- und im Wohnungsbau wird zwar einerseits von der Höhe und Intensität der Abschwächung des Preisanstiegs abhängen; für den Wandel des Nachfrageklimas kommt es aber wohl entscheidend auf eine Kurskorrektur im Bereich der Geldpolitik an. Produktionsstimulierende Effekte sind von dieser Seite in diesem Jahr jedoch kaum zu erwarten.

Beschäftigungseffekte des Osthandels nicht überschätzen

Zur Entwicklung des RGW-Handels der Bundesrepublik Deutschland

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den europäischen RGW-Ländern (ohne DDR) – hier als Osthandel bezeichnet – expandierte 1980 unterdurchschnittlich. Während der gesamte Export der Bundesrepublik um 11 vH und der gesamte Import um 17 vH zunahmen, wurden im Osthandel Steigerungsraten von 8 bzw. 5 vH erzielt. Real, das heißt nach Abzug der – allerdings nur geschätzten, weil amtlich nicht veröffentlichten – Preissteigerungsraten, gingen die Importe aus dem RGW sogar um 7 vH zurück, die Ausfuhren erhöhten sich um 3 vH. Die Importe der Bundesrepublik aus dem RGW-Raum haben sich damit wesentlich stärker verteuert als die Exporte dorthin.

Die Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik mit den kleineren osteuropäischen Staaten ist 1980 wieder auf das Niveau vom Jahre 1970 gesunken. Vermindert hat sich auch die Zahl der insgesamt für den Ostexport erforderlichen Beschäftigten. 1979 waren es mit 220 000 Erwerbstätigen 50 000 weniger als 1976. Eine sektorale Analyse zeigt, daß in beiden Stichjahren jeder vierte bis fünfte dieser Erwerbstätigen im Maschinenbau und jeder sechste im Sektor Metallherzeugung und -bearbeitung beschäftigt war.

Deutsch-sowjetischer Handel: Preissteigerungen verdecken Stagnation

Der deutsch-sowjetische Handel erreichte 1980 einen Umsatzwert von 15,4 Mrd. DM, das Vorjahresergebnis wurde um 10 vH übertroffen. Real¹ ergab sich indes, wie schon 1979, Stagnation.

In beiden Richtungen entwickelte sich der Warenverkehr 1980 unterschiedlich. Bei reduzierten Liefermengen (– 15 vH) konnte die Sowjetunion aufgrund von Preiserhöhungen (+ 17 vH) dennoch den selben Exportwert wie im Jahr zuvor (7,4 Mrd. DM) realisieren; ihre Importe weitete sie nominal dagegen kräftig aus (20 vH). Da sich die Waren aus der Bundesrepublik nur relativ geringfügig verteuerten, errechnet sich ein reales Wachstum der Bezüge um 15 vH.

Die Bundesrepublik hat 1980 wieder einen geringen Exportüberschuß (0,5 Mrd. DM) erzielt. Der seit 1970 kumulierte Überschuß erhöhte sich auf 13 Mrd. DM. Im Gegensatz zum Außenhandel mit den OECD-Staaten stellt sich hier kein Recycling-Problem: Die UdSSR hat ihre Mehreinnahmen aus den Erdöllieferungen für zusätzliche Käufe in der Bundesrepublik verwendet.

Die Bedeutung der UdSSR als Handelspartner der Bundesrepublik ist indes nach wie vor gering. Zwar stiegen die deutschen Exporte in die Sowjetunion im vergangenen Jahr deutlich schneller als die in die übrige Welt. Am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik ist die UdSSR aber nur mit reichlich 2 vH beteiligt; neun andere Staaten – darunter so kleine Länder wie die Schweiz und Österreich – sind bedeutendere Handelspartner der Bundesrepublik.

Demgegenüber hat die Bundesrepublik im sowjetischen Außenhandel eine gewichtigere Position: auf sie entfallen 6 vH des gesamten Außenhandels der

UdSSR und knapp 20 vH des sowjetischen Westhandels. Sie ist der größte westliche Handelspartner; davor liegen in der Rangfolge der Lieferländer fünf europäische RGW-Länder.

Komplementär sind die Warenstrukturen von Einfuhr und Ausfuhr im deutsch-sowjetischen Handel. Die sowjetischen Lieferungen bestanden 1980 zu 75 vH aus Energierohstoffen: Erdöl, Erdölprodukte und angereichertes Uran. Bei den Uranlieferungen handelt es sich um ein Lohnveredelungsgeschäft, bei dem die Sowjetunion lediglich die Anreicherungsleistungen erbringt. Der Umfang dieser Lieferungen – sie sind statistisch in der Warengruppe chemische Vorerzeugnisse enthalten – ist 1980 allerdings deutlich zurückgegangen (um etwa 0,5 Mrd. DM).

Während die Sowjetunion fast ausschließlich Rohstoffe liefert, dominieren bei den Exporten der Bundesrepublik die Fertigwaren (87 vH). 1980 hat es im Export der Bundesrepublik allerdings – weil die Vorjahresernte in der Sowjetunion schlecht ausgefallen war, aber auch möglicherweise wegen des amerikanischen Getreideembargos – bemerkenswerte Strukturveränderungen gegeben: Die Lieferungen der Bundesrepublik von Ernährungsgütern (Butter, Fleisch und Fleischwaren, Müllereierzeugnisse und Zucker) sind von 0,1 auf 0,7 Mrd. DM gestiegen. Auf sie entfielen 1980 9 vH der deutschen Exporte in die UdSSR (1979: 3 vH).

¹ Volumen- und Durchschnittswertindizes werden in regionaler Abgrenzung vom Statistischen Bundesamt nur für den Handel mit den EG-Staaten berechnet. Für den Osthandel mußten sie daher geschätzt werden. Zu diesem Zweck wurden die amtlich veröffentlichten Preisindizes für die gesamte Einfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik mit der Warenstruktur des Osthandels im Jahr 1979 gewichtet. Regionale Preisdifferenzierungen mußten damit unberücksichtigt bleiben.

Entwicklung des Osthandels¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1980

Land, ²⁾ Ländergruppe	1970	1975	1977	1978	1979	1980	1970	1975	1977	1978	1979	1980
	Ausfuhr (fob)						Einfuhr (cif)					
----- Millionen DM -----												
Bulgarien	240	1 023	670	717	722	874	237	232	280	315	358	324
CSSR	1 058	1 678	1 959	1 821	1 982	1 892	727	1 158	1 302	1 357	1 600	1 901
Polen	658	3 213	2 888	2 646	2 464	2 661	744	1 436	2 089	2 086	2 207	2 494
Rumänien	722	1 607	1 485	1 769	1 978	1 623	580	994	1 070	1 214	1 631	1 594
Ungarn	522	1 417	1 928	2 193	2 140	2 194	490	906	1 329	1 293	1 687	1 819
RGW (5)	3 201	8 937	8 929	9 146	9 286	9 244	2 778	4 725	6 071	6 264	7 482	8 132
UdSSR	1 546	6 948	6 451	6 301	6 624	7 943	1 254	3 240	4 561	5 438	7 381	7 411
RGW (6)	4 748	15 885	15 380	15 448	15 910	17 187	4 031	7 965	10 632	11 703	14 863	15 543
----- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH -----												
Bulgarien	- 2,6	33,5	-21,3	7,0	0,6	21,0	14,6	- 1,1	- 1,6	12,5	13,6	- 9,4
CSSR	28,6	- 5,9	- 3,0	- 7,0	8,8	- 4,5	5,4	11,8	2,6	4,2	18,0	18,8
Polen	7,6	-11,1	-10,3	- 8,4	- 6,9	8,0	39,8	0,7	8,9	- 0,2	5,8	13,0
Rumänien	- 1,0	-12,5	13,6	19,1	11,8	-17,9	25,0	3,1	-10,7	13,5	34,3	- 2,2
Ungarn	47,6	-19,8	24,4	13,8	- 2,4	2,5	21,6	- 0,2	17,4	- 2,7	30,4	7,8
RGW (5)	15,8	- 8,5	- 0,2	2,4	1,5	- 0,5	21,1	3,5	4,6	3,2	19,4	8,7
UdSSR	- 2,3	45,6	- 4,5	- 2,3	5,1	19,9	- 4,0	- 0,9	4,7	19,2	35,7	0,4
RGW (6)	9,2	9,3	- 2,1	0,4	3,0	8,0	12,0	1,7	4,6	10,1	27,0	4,6
----- Anteil am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland in vH -----												
RGW (5)	2,6	4,0	3,3	3,2	3,0	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,4
UdSSR	1,2	3,1	2,4	2,2	2,1	2,3	1,1	1,8	1,9	2,2	2,5	2,2
RGW (6)	3,8	7,2	5,6	5,4	5,1	4,9	3,7	4,3	4,5	4,8	5,1	4,6
----- Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Westhandel der RGW-Länder in vH ³⁾ -----												
RGW (5)	18,7	22,3	21,8	22,7	31,3	24	23,8	22,1	24,2	24,7	23,8	22
UdSSR	13,2	20,0	20,2	19,0	17,3	17	10,5	15,0	15,1	17,0	17,3	19
RGW (6)	16,3	21,2	21,0	20,9	22,8	20	18,1	18,6	19,3	20,8	20,4	20
----- Jährlicher Saldo in Mrd. DM -----												
Bulgarien	0,0	0,8	0,4	0,4	0,4	0,5	0,0	1,6	2,5	2,9	3,3	3,8
CSSR	0,3	0,5	0,7	0,5	0,4	-0,0	0,3	2,9	4,3	4,8	5,1	5,1
Polen	- 0,1	1,8	0,8	0,6	0,3	0,2	- 0,1	5,8	7,9	8,4	8,7	8,8
Rumänien	0,1	0,6	0,4	0,6	0,3	0,0	0,1	2,0	2,6	3,1	3,5	3,5
Ungarn	0,0	0,5	0,6	0,9	0,5	0,4	0,0	2,0	3,0	3,9	4,4	4,7
RGW (5)	0,4	4,2	2,9	2,9	1,8	1,1	0,4	14,3	20,3	23,1	24,9	26,1
UdSSR	0,3	3,7	1,9	0,9	-0,8	0,5	0,3	7,9	12,2	13,0	12,3	12,8
RGW (6)	0,7	7,9	4,7	3,7	1,0	1,6	0,7	22,1	32,4	36,2	37,2	38,8
----- Relation von Einfuhr zu Ausfuhr im Osthandel der Bundesrepublik Deutschland -----												
	Jahreswerte						Kumulierte Werte ⁴⁾					
Bulgarien	99	23	42	44	50	37	99	48	44	44	45	44
CSSR	69	69	66	74	81	100	69	66	66	67	68	72
Polen	113	45	72	79	90	94	113	53	57	60	63	66
Rumänien	80	62	72	69	82	98	80	71	74	73	74	77
Ungarn	94	64	69	59	79	83	94	68	69	67	69	71
RGW (5)	87	53	68	68	81	88	87	62	63	64	66	69
UdSSR	81	47	71	86	111	93	81	61	64	67	74	76
RGW (6)	85	50	69	76	93	90	85	62	63	65	69	72

1)Europäische RGW-Länder ohne DDR.-2)Herstellungs- und Verbrauchsländer.-3)Auf der Basis der RGW-Statistiken (RGW-Länder hier Berichtsländer). 1980 geschätzt.-4)Kumuliert ab 1970.-Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 7, Reihe 1, diverse Jahrgänge; Statistische Jahrbücher und Monatsstatistiken der RGW-Länder. Berechnungen des DIW.

**Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland
in die UdSSR nach Warengruppen 1980¹⁾**

Waren bzw. Warengruppen	Ausfuhr	Veränderung ²⁾	Ausfuhrstruktur	Ausfuhranteil ³⁾
	Mill. DM		vH	
Ausfuhr, insgesamt	7 943	+ 1 319	100	2,3
darunter ⁴⁾ :				
Ernährungsgüter	682	+ 553	8,6	3,7
Rohstoffe	52	+ 8	0,7	0,8
Halbwaren	294	+ 105	3,7	1,0
Fertigwaren	6 896	+ 659	86,8	2,4
davon: Vorerzeugnisse	2 612	+ 294	32,9	4,2
Enderzeugnisse	4 283	+ 364	53,9	1,9
Ausgewählte Untergruppen ⁵⁾				
Butter	142	+ 114	1,8	13,2
Fleisch und Fleischwaren	112	+ 35	1,4	5,2
Müllereierzeugnisse	157	+ 157	2,0	29,8
Zucker	198	+ 189	2,5	21,0
Reyon, synth.Fäden (Kunstseide)	177	+ 91	2,2	7,1
Stahlröhren	362	+ 49	4,6	14,3
Eisenwaren	2 093	+ 65	26,4	8,4
Maschinen	2 300	+ 179	29,0	3,7
darunter: Werkzeugmaschinen, Walzwerksanlagen	831	+ 54	10,5	10,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	460	+ 82	5,8	1,4
Chemische Vorerzeugnisse	712	+ 141	9,0	2,5
Chemische Enderzeugnisse	271	+ 85	3,4	1,5
Kraftfahrzeuge	140	+ 12	1,8	0,3

1)Vorläufige Ergebnisse.-2)Veränderung gegenüber dem Vorjahr.-3)Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland.-4)Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.-5)Die Warengruppen repräsentieren 90 vH der Gesamtausfuhr in die UdSSR.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1 und Reihe 3.

Unterschiedlich haben sich wegen der komplementären Warenstruktur auch die Preise im bilateralen Handel entwickelt. Die deutschen Exporte haben sich 1980 schätzungsweise um etwa 4 vH verteuert, also wesentlich geringer als die Lieferungen der UdSSR (17 vH). Damit verbesserten sich die Terms of Trade der UdSSR gegenüber der Bundesrepublik erneut (um 11 vH nach 30 vH im Jahr 1979). Allein aus den Preissteigerungen bei Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas konnte die UdSSR in den letzten beiden Jahren insgesamt Mehrerlöse in Höhe von 2,8 Mrd. DM realisieren. Die hohen Preissteigerungen verdecken, daß es an Impulsen für eine reale Ausweitung der sowjetischen Lieferungen fehlte.

**Handelsverflechtung mit Osteuropa
auf das Niveau von 1970 zurückgegangen**

Im Handel mit der CSSR, Rumänien und Polen war die Warenbilanz der Bundesrepublik nahezu ausgeglichen. Lediglich gegenüber Ungarn und Bulgarien ergab sich ein Überschuß von jeweils rd. 0,5 Mrd. DM. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich der Überschuß der Bundesrepublik gegenüber die-

sen Ländern sukzessive verringert. Aus der Sicht der Zahlungsbilanzprobleme der osteuropäischen Staaten ist dieses Ergebnis sicherlich positiv zu bewerten.

Den Ausschlag für diese Entwicklung gab die anhaltende Kaufzurückhaltung dieser Länder. Nur Bulgarien (21 vH) und Polen (8 vH) erhöhten ihre Importe noch deutlich. Nominal erreichten die Importe aller osteuropäischen Länder zwar fast das Vorjahresniveau; nach Abzug der Preissteigerungen ergibt sich aber ein realer Rückgang der Bezüge aus der Bundesrepublik um 6 vH.

Die Stagnation der deutschen Exporte in die kleineren RGW-Länder hält nun bereits seit 1974 an; auch 1980 ist mit einem Lieferwert von 9,2 Mrd. DM der bisherige Höchststand von 1974 (9,8 Mrd. DM) nicht erreicht worden. Für die Bundesrepublik verloren diese Märkte somit an Bedeutung: Im vergangenen Jahr betrug der Anteil am Gesamtexport nur 2,6 vH; 1974 waren es noch 4,2 vH. Vor allem Rumänien (-18 vH) und die CSSR (-5 vH) setzten ihre restriktive Einfuhrpolitik fort; beide Länder erreichten durch diesen Importrückgang aber eine ausgeglichene Bilanz.

Die Schwierigkeiten der kleineren osteuropäischen RGW-Länder im Agrarsektor spiegeln sich in den Exporten der Bundesrepublik Deutschland wider, wenn auch nicht so kraß wie bei den Lieferungen in die UdSSR. Während die Ausfuhr von Halb- und

**Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland
aus der UdSSR nach Warengruppen 1980¹⁾**

Waren bzw. Warengruppen	Einfuhr	Veränderung ²⁾	Einfuhrstruktur	Einfuhranteil ³⁾
	Mill. DM		vH	
Einfuhr, insgesamt	7 411	+ 30	100	2,2
darunter ⁴⁾ :				
Ernährungsgüter	77	+ 7	1,0	0,2
Rohstoffe	1 679	+ 416	22,7	2,8
Halbwaren	4 859	+ 264	65,6	8,1
Fertigwaren	670	- 723	9,0	0,4
davon: Vorerzeugnisse	497	- 614	6,7	1,1
Enderzeugnisse	173	- 109	2,3	0,1
Ausgewählte Untergruppen ⁵⁾				
Erdöl roh	1 346	+ 337	18,2	3,0
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	3 752	+ 83	50,6	13,4
Teer- und Teerdestillationserzeugnisse	302	+ 131	4,1	17,5
Chemische Vorerzeugnisse	299	- 631	4,0	1,9
Holz und Holzwaren	255	+ 44	3,4	3,0
Baumwolle	126	+ 39	1,7	17,3
Gold für gewerbliche Zwecke	159	- 64	2,1	5,8

1)Vorläufige Ergebnisse.-2)Veränderung gegenüber dem Vorjahr.-3)Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland.-4)Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.-5)Die Warengruppen repräsentieren 84 vH der Gesamteinfuhren aus der UdSSR.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1 und Reihe 3.

Die Entwicklung* des Osthandels der Bundesrepublik Deutschland

— Einfuhr Ausfuhr



Fertigwaren geringfügig zurückging (-2 vH), ist der Export von Ernährungsgütern um fast 30 vH gestiegen. Zwei Drittel der zusätzlichen Lieferungen in diese Länder entfielen auf Polen. Neben der Nahrungsmittelindustrie konnte im vergangenen Jahr lediglich die chemische Industrie ein Umsatzplus verzeichnen. Zusätzliche Exporte der anderen Bereiche fielen offensichtlich dem Rotstift der Devisenplaner zum Opfer.

Eine derart restriktive Importpolitik der osteuropäischen Staaten wäre nicht erforderlich gewesen, wenn die Exporte dieser Länder in der Bundesrepublik nicht ebenfalls Terrainverluste erlitten hätten. Die geplante Strategie der osteuropäischen Staaten — Handelsbilanzausgleich ohne Importbeschränkun-

gen — konnte nicht realisiert werden. Real stiegen die Gesamtimporte der Bundesrepublik um 2,2 vH, die aus den osteuropäischen Ländern aber nur um gut 1 vH. In nominaler Rechnung expandierten die Importe der Bundesrepublik aus den kleineren RGW-Staaten um 9 vH, also nur etwa halb so schnell wie die Gesamteinfuhr der Bundesrepublik (17 vH). Damit ist die relative Bedeutung dieser Länder insgesamt wieder auf das Niveau des Jahres 1970 zurückgefallen. Die Intensivierung des Osthandels der Bundesrepublik in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts muß vorerst als Episode angesehen werden.

Am stärksten hat die Bundesrepublik im vergangenen Jahr die Importe aus der CSSR (19 vH) und

**Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland
in den RGW (5)¹ nach Warengruppen 1980²**

Waren bzw. Warengruppen	Einfuhr	Veränderung ³⁾	Einfuhrstruktur	Einfuhranteil ⁴⁾
	Mill. DM		vH	
Einfuhr, insgesamt	8 132	+ 650	100	2,4
darunter ⁵⁾				
Ernährungsgüter	1 109	+ 33	13,6	2,6
Rohstoffe	674	+ 56	8,3	1,1
Halbwaren	2 167	+ 172	26,6	3,6
Fertigwaren	4 033	+ 391	49,6	2,3
davon: Vorerzeugnisse	1 228	+ 126	15,1	2,7
Enderzeugnisse	2 805	+ 265	34,5	2,2
Ausgewählte Untergruppen ⁶⁾				
Bekleidung	1 028	+ 32	12,6	7,6
Lederwaren	185	+ 15	2,3	3,9
Fleisch und Fleischwaren	457	+ 45	5,6	9,3
Obst und Gemüse (einschließlich Konserven)	266	+ 59	3,3	3,5
Wein	63	+ 9	0,8	4,5
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	1 007	- 25	12,4	3,6
Kohle	305	+ 30	3,7	27,1
Teer- und Teerdestillationserzeugnisse	82	+ 25	1,0	4,7
Steine und Erden	55	+ 3	0,7	3,0
Eisenwaren	718	+ 47	8,8	5,3
Eisenhalbzeug	89	- 39	1,1	6,5
Kupfer, roh	396	+ 84	4,9	14,3
Holz und Holzwaren	692	+ 167	8,5	8,2
Chemische Vorerzeugnisse	323	+ 73	4,0	2,1
Chemische Halbwaren	141	+ 42	1,7	4,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	200	- 11	2,5	1,0
Maschinen	326	+ 41	4,0	1,5
Fahrzeuge	110	+ 32	1,4	0,5

1) Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn. - 2) Vorläufige Ergebnisse. - 3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. - 4) Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland. - 5) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. - 6) Die Warengruppen repräsentieren 79 vH der Gesamteinfuhren aus dem RGW (5).

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1 und Reihe 3.

aus Polen (13 vH) ausgeweitet. Die Bezüge aus Rumänien (- 2 vH) und Bulgarien (- 9 vH) gingen dagegen zurück. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Polen haben sich noch nicht in vollem Umfang in den Lieferungen niedergeschlagen. Als Expansionsfaktor erwiesen sich die Kredite der Bundesrepublik für den Ausbau der polnischen Kupferproduktion. Allein 40 vH der Steigerung der Exporterlöse Polens entfielen auf erhöhte Kupferlieferungen. Den Importbedarf der Bundesrepublik decken sie zu 13 vH.

Sowohl Polen als auch die übrigen osteuropäischen Länder haben 1980 mehr Ernährungsgüter in die Bundesrepublik geliefert, als sie von dort bezogen haben. Im Vergleich zu 1978 ist der Überschuß von 810 Mill. DM auf 530 Mill. DM zurückgegangen. Auch dies ist Ausdruck einer angespannten Versorgungslage.

Bei Energieträgern konnte der Lieferwert zwar auf dem Vorjahresniveau gehalten werden, die Mengen gingen aber zurück. So mußte Polen seine Stein-

**Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland
aus dem RGW (5)¹ nach Warengruppen 1980²**

Waren bzw. Warengruppen	Ausfuhr	Veränderung ³⁾	Ausfuhrstruktur	Ausfuhranteil ⁴⁾
	Mill. DM		vH	
Ausfuhr, insgesamt	9 244	- 42	100	2,6
darunter ⁵⁾				
Ernährungsgüter	581	+ 130	6,3	3,1
Rohstoffe	169	+ 24	1,8	2,5
Halbwaren	944	- 100	10,2	3,1
Fertigwaren	7 494	- 86	81,1	2,6
davon: Vorerzeugnisse	2 809	+ 65	30,4	4,5
Enderzeugnisse	4 685	- 152	50,7	2,0
Ausgewählte Untergruppen ⁶⁾				
Fleisch und Fleischwaren	150	+ 69	1,6	6,9
Getreide	150	+ 38	1,6	26,3
Koks	117	- 123	1,3	5,9
Gewebe	425	+ 6	4,6	4,0
Röhren	196	- 6	2,1	7,2
Eisenwaren	838	- 195	9,1	3,4
Stangen, Bleche, Draht	129	- 22	1,4	2,9
Maschinen	2 274	- 49	24,6	3,6
darunter: Werkzeugmaschinen und Walzwerksanlagen	417	- 161	4,5	5,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	683	- 0	7,4	2,0
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	120	+ 2	1,3	1,8
Chemische Halbwaren	279	+ 51	3,0	7,2
Chemische Vorerzeugnisse	1 307	+ 105	14,1	4,6
Chemische Enderzeugnisse	562	+ 75	6,1	3,1
Kraftfahrzeuge	272	- 10	2,9	0,5

1) Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn. - 2) Vorläufige Ergebnisse. - 3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. - 4) Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhren der Bundesrepublik Deutschland. - 5) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. - 6) Die Warengruppen repräsentieren 81 vH der Gesamtausfuhren in den RGW (5).

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel Fachserie 7, Reihe 1 und Reihe 3.

kohlenlieferungen von 2,4 Mill. t auf 1,9 Mill. t kürzen. Da künftig eher mit einer Verschärfung der Versorgungssituation Polens im Agrar- sowie im Energie- und Rohstoffbereich zu rechnen ist, reduziert sich auch die Basis für Exportüberschüsse zur Finanzierung der dringend benötigten Fertigwarenimporte.

**Beschäftigungseffekte des Osthandels:
Problematik . . .**

In der öffentlichen Diskussion wird des öfteren ein Zusammenhang zwischen dem deutschen Osthandel und der Beschäftigungslage in der Bundesrepublik hergestellt. Extreme in dieser Diskussion bezeichnen Schlagworte wie „Ostexporte sichern Arbeitsplätze“ und „Ostimporte vernichten Arbeitsplätze“. In diesem Zusammenhang sollten folgende Überlegungen berücksichtigt werden:

Waren werden aus dem Ausland vor allem deshalb bezogen, weil sie im Inland nicht verfügbar sind (Rohstoffe!), vom Ausland billiger angeboten werden oder eine Diversifizierung des Warenangebots im Inland angestrebt wird.

Rohstoffimporte sichern Arbeitsplätze im Inland. In den beiden anderen Fällen wird eine Vernichtung von Arbeitsplätzen in einzelnen Branchen wegen der erzielten Wohlstandssteigerung bewußt hingenommen, zumal im Export und in den Zulieferbranchen positive Beschäftigungseffekte auftreten.

Falsch ist die Auffassung, ein Verzicht auf Importe aus einem Land oder mehreren Ländern habe zwangsläufig eine inländische Produktionsausweitung zur Folge, denn ein solcher Importstopp würde — zumindest teilweise — zu einer regionalen Verlagerung der Importe führen. Würde die Bundesrepublik z. B. aus der UdSSR kein Erdgas oder keine Mineralölprodukte mehr beziehen, müßte auf andere Lieferländer ausgewichen werden. Würde Ungarn keine Erzeugnisse des Leder- und Bekleidungsgebietes liefern, würden diese u. U. aus anderen kostengünstig produzierenden Ländern importiert werden. Überdies bestehen enge Beziehungen zwischen der Höhe der Exporte und Importe. Würden die Osteinfuhren gestoppt, verminderten sich ganz sicher auch die Ostexporte. Es müßten dann vermehrte Exportanstrengungen in anderen Ländern zum Ausgleich der Lieferausfälle unternommen werden.

Um zu ermitteln, wieviele Arbeitskräfte in den letzten Jahren für den Ostexport tätig waren, wurden branchenspezifische Beschäftigungseffekte für den Warenexport in die RGW-Länder (ohne DDR)² berechnet. Ihnen wurden die „negativen“ Beschäftigungseffekte durch die Importe gegenübergestellt. Damit kann aber nur die Frage beantwortet werden, wieviel Arbeitskräfte unter einheimischen Produktionsbedingungen nötig wären, um die Fremdbezüge zu substituieren. Einschränkend ist überdies hervorzuheben, daß für die Bundesrepublik Deutschland eine Substitution in weiten Bereichen der Ostimporte wegen des hohen Rohstoffanteils nicht möglich ist.

. . . Methoden . . .

In die Untersuchung der Beschäftigungseffekte des Osthandels müssen neben den unmittelbaren Wirkungen des Warenexports und -imports auch die Vorleistungseffekte einbezogen werden. So benötigt der Maschinenbau für die Lieferungen in die RGW-Länder Eisenbleche, Energie und andere Vorleistungen. Die indirekten Beschäftigungswirkungen lassen sich mittels der Input-Output-Rechnung quantifizieren. Basis sind die Input-Output-Tabellen des DIW mit 34 Produktionssektoren für 1972 und 1976 zu jeweiligen Preisen. Die Berechnungen für 1970 und 1972 basieren auf der Matrix für 1972, diejenigen für 1976 und 1979 auf der Tabelle für 1976. Ausgangsmaterial sind der vom Statistischen Bundesamt ausgewiesene Warenverkehr (Spezialhandel) mit den

RGW-Ländern³, der entsprechend der Abgrenzung in den Input-Output-Tabellen um die Handelsspannen modifiziert wurde, und die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesene Zahl der Erwerbstätigen nach Produktionssektoren⁴.

. . . Ergebnisse

Insgesamt stieg die Zahl der vom Warenexport in die RGW-Länder abhängigen Erwerbstätigen von 150 000 im Jahre 1970 über 195 000 im Jahre 1972 auf 270 000 im Jahre 1976; bis 1979 sank die Zahl wieder auf 220 000.

Die vom Warenexport in die Sowjetunion abhängige Zahl der Erwerbstätigen nahm von 47 000 im Jahre 1970 auf 92 000 im Jahre 1979 zu, nachdem sie 1976 sogar 117 000 betragen hatte. Damit wurden in den letzten Jahren vom Warenexport in die UdSSR gut 40 vH der für den Ostexport insgesamt Beschäftigten gebunden (1970 und 1972: über 30 vH). Das entspricht ungefähr dem Anteil der Sowjetunion am gesamten Ostexport der Bundesrepublik. Von 1972 bis 1976 hat sich die vom Warenexport in die UdSSR abhängige Zahl der Erwerbstätigen nahezu verdoppelt. Davon profitierten insbesondere die Sektoren Metallerzeugung und -bearbeitung, Maschinenbau und ADV, Fahrzeugbau sowie restliches verarbeitendes Gewerbe (speziell Holz-, Papier- und Druckereigewerbe sowie Textilgewerbe), während beim Bereich Feinmechanik, Optik, EBM sogar eine Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen festzustellen ist.

Nach der UdSSR hatten die Exporte nach Polen die größten Beschäftigungseffekte; sie stiegen von 1970 bis 1976 um 150 vH. Die Zahl der vom Warenexport in die CSSR abhängigen Erwerbstätigen hat in dieser Zeitspanne abgenommen. Eine wesentliche Ursache hierfür ist der Rückgang der Exporte aus der Landwirtschaft zugunsten von Lieferungen aus Bereichen mit einer höheren Arbeitsproduktivität. Von 1976 bis 1979 stiegen nur noch die Beschäftigtenzahlen für die Warenexporte nach Rumänien und Ungarn.

² Zu entsprechenden Berechnungen in bezug auf den innerdeutschen Handel vgl. Horst Lambrecht und Hans Wessels: Produktions- und Beschäftigungseffekte im innerdeutschen Handel. Beiträge zur Strukturforchung des DIW. Heft 51, 1978. — Zur Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Horst Lambrecht und Hans Wessels. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 3/1979.

³ Statistisches Bundesamt: Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 7, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen der Industriestatistik (Spezialhandel).

⁴ Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen.

Hypothetische Auswirkungen des Warenexports in die RGW-Länder auf die Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik Deutschland

Jahresdurchschnitt in 1 000

	Bulga-	CSSR	Polen	Rumä-	Ungarn	UdSSR	RGW	Bulga-	CSSR	Polen	Rumä-	Ungarn	UdSSR	RGW
	rien			rien				nien			nien			
				1	9	7	0				1	9	7	2
Land-u.Forstwirtschaft	0,6	8,6	5,1	0,9	1,5	1,0	17,7	0,2	7,2	3,0	1,0	2,8	1,8	16,0
Energievers.u.Bergbau	0,2	0,6	0,6	0,8	0,3	1,0	3,5	0,2	0,7	0,9	0,8	0,5	1,2	4,3
Chemische Industrie	0,7	2,9	1,9	1,5	1,8	3,7	12,5	0,6	2,9	2,8	1,7	2,4	3,4	13,8
Metallerz. u. -bearbtg.	0,8	2,8	2,2	3,1	1,2	4,6	14,7	1,2	2,6	4,0	3,1	1,4	6,9	19,2
Maschinenbau, ADV	1,3	6,5	2,9	5,5	2,4	11,0	29,6	1,4	6,0	10,4	7,8	4,2	19,1	48,9
Fahrzeugbau	0,2	0,4	0,2	0,3	0,5	0,3	1,9	0,2	0,4	0,6	0,3	0,5	0,6	2,6
Elektrotechnik	0,4	2,1	1,5	1,9	1,3	2,9	10,1	0,9	2,2	2,9	2,3	1,7	4,2	14,2
Feinmech., Optik, EBM	0,4	1,0	0,7	0,9	0,7	8,1	11,8	0,4	1,8	1,5	0,8	0,7	8,8	14,0
Restl. verarb. Gewerbe	1,4	5,0	3,1	2,4	3,1	5,8	20,8	1,7	5,6	6,0	3,2	4,8	5,3	26,6
Handel	0,5	2,5	1,5	1,6	1,2	3,4	10,7	0,6	2,5	2,9	1,8	1,7	4,4	13,9
Verkehr u. Nachr.-Oberm.	0,3	1,2	0,8	0,9	0,6	2,0	5,8	0,3	1,2	1,4	0,9	0,9	2,4	7,1
Obrige Wirtschaftszweige ¹⁾	0,6	2,7	1,7	1,9	1,4	3,4	11,7	0,6	2,6	2,8	1,8	1,5	4,0	13,3
Wirtschaftszweige insg.	7,4	36,3	22,2	21,7	16,0	47,2	150,8	8,3	35,7	39,2	25,5	23,1	62,1	193,9
				1	9	7	6				1	9	7	9
Land-u.Forstwirtschaft	0,6	1,4	4,6	0,6	1,2	3,4	11,8	0,4	2,1	2,6	1,3	1,9	2,6	10,9
Energievers.u.Bergbau	0,2	0,8	1,4	1,0	0,6	3,0	7,0	0,4	0,7	0,9	2,3	0,7	2,9	7,9
Chemische Industrie	0,9	3,3	3,9	1,9	3,1	5,3	18,4	0,9	2,6	3,2	1,9	2,9	5,1	16,6
Metallerz. u. bearbtg.	1,4	5,3	9,4	3,9	1,8	22,2	44,0	1,5	3,4	4,1	4,4	2,2	21,5	37,1
Maschinenbau, ADV	4,3	7,6	12,0	4,2	4,8	31,0	63,9	1,6	6,0	6,1	4,6	5,5	21,4	45,2
Fahrzeugbau	0,6	0,4	1,1	0,3	0,8	7,1	10,3	0,3	0,4	0,7	0,4	1,0	1,5	4,3
Elektrotechnik	1,3	2,3	3,8	1,7	2,2	7,0	18,3	0,8	2,1	2,4	2,0	2,4	6,2	15,9
Feinmech., Optik, EBM	0,5	1,2	1,6	0,6	0,9	2,7	7,5	0,3	0,9	0,9	0,7	1,2	2,5	6,5
Restl. verarb. Gewerbe	2,2	4,6	7,5	3,3	5,5	12,8	35,9	1,8	3,7	6,5	4,1	6,5	9,4	32,0
Handel	1,1	2,5	4,0	1,7	1,9	8,3	19,5	0,7	2,0	2,6	2,2	2,2	7,0	16,7
Verkehr u. Nachr.-Oberm.	0,6	1,6	2,4	1,0	1,0	4,9	11,5	0,4	1,1	1,5	1,3	1,1	4,4	9,8
Obrige Wirtschaftszweige ¹⁾	1,1	2,8	4,4	1,8	2,2	9,0	21,3	0,8	2,3	2,8	2,4	2,5	7,2	18,0
Wirtschaftszweige insg.	14,8	33,8	56,1	22,0	26,0	116,7	269,4	9,9	27,3	34,3	27,6	30,1	91,7	220,9

1)Baugewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 7, Reihe 7 und Fachserie 18, Reihe 1.- Input-Output-Rechnung des DIW.- Eigene Berechnungen.

Stark vom Osthandel profitiert hat der Sektor Maschinenbau, ADV. Jeder vierte bis fünfte für den Ostexport Beschäftigte war in dieser Branche tätig. Die insgesamt hohe Konzentration auf diesen Sektor zeigt den enormen Bedarf der RGW-Länder an westlicher Technologie. Auffallend ist der starke Anstieg der vom Warenexport abhängigen Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 1972 bis 1976 im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung, der insbesondere auf den großen Anstieg des Röhrenexports in die UdSSR, aber auch in die CSSR zurückzuführen ist. Der im Jahr 1976 hohe Beschäftigungseffekt im Fahrzeugbau spiegelt LKW-Lieferungen in die UdSSR wider.

Bezogen auf die Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik ist der Anteil der vom Warenexport

in die RGW-Länder ausgehenden Beschäftigungseffekte von 0,6 vH im Jahre 1970 auf 1,1 vH im Jahre 1976 gestiegen; 1979 ging er auf 0,9 vH zurück. Die Abhängigkeit des verarbeitenden Gewerbes vom RGW-Handel war in allen Stichjahren überproportional hoch: 1979 waren 1,8 vH der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten vom Warenexport in die RGW-Länder abhängig, beim Sektor Metallerzeugung und -bearbeitung sowie beim Sektor Maschinenbau, ADV, waren es sogar 4,7 bzw. 3,8 vH. Bezogen auf die vom gesamten Export der Bundesrepublik abhängige Zahl der Erwerbstätigen⁵ waren 1972 4,3 vH und 1976 5,3 vH vom RGW-Handel abhängig.

⁵ Vgl. Ausfuhrinduzierte Beschäftigung. Bearb.: Jörg-Peter Weiß. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 42/1978.

**Hypothetische Auswirkungen des Warenimports
aus den RGW-Ländern auf die Zahl der Erwerbstätigen
in der Bundesrepublik Deutschland**

Jahresdurchschnitt in 1 000

	1970	1972	1976	1979
Bulgarien	10,7	8,8	6,4	6,2
CSSR	24,9	25,2	22,2	23,6
Polen	27,4	31,1	36,3	34,3
Rumänien	20,0	23,8	19,3	18,8
Ungarn	19,5	22,0	23,2	27,0
UdSSR	35,8	34,2	51,2	75,3
RGW	138,3	145,1	158,7	185,2

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 7, Reihe 7
und Reihe 1.-Input-Output-Rechnung des DIW. -
Eigene Berechnungen.

Eine entsprechende Berechnung wurde für die „negativen“ Beschäftigungseffekte der Importe durchgeführt. Diese Effekte sind einmal wegen der abweichenden Produktivitätsstruktur in allen Stich-

jahren kleiner als die positiven Effekte bei der Ausfuhr; zum anderen korrespondiert der Saldo beider Effekte mit dem Exportüberschuß der Bundesrepublik gegenüber den RGW-Ländern. Dabei ist noch einmal an die Problematik dieser Modellrechnung zu erinnern. Die grundlegende Hypothese ist, daß die von den RGW-Ländern gelieferten Waren auch im eigenen Land erzeugt werden könnten. Ein Teil der Produkte (Erdöl!) ist aber im Inland gar nicht verfügbar, ein Teil würde bei einem entsprechenden Importstopp sicher durch Importe aus anderen Ländern ersetzt.

Alles in allem zeigt sich, daß die Beschäftigungseffekte des Exports in die RGW-Länder relativ gering sind. Dies schließt allerdings nicht aus, daß sie sektoral und regional durchaus Bedeutung haben. Grundsätzlich aber wäre es verfehlt, den Osthandel der Bundesrepublik vorwiegend unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten zu sehen. Neben seiner politischen Funktion (Konfliktminderung!) liegt die wirtschaftliche Bedeutung auf anderen Gebieten: Wohlstandmehrung und Rohstoff-sicherung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verstärkter Produktionsrückgang im Baugewerbe. Bearbeitet von J. A. Hübener. —
Beschäftigungseffekte des Osthandels nicht überschätzen. Bearbeitet von Jochen Bethkenhagen und Hans Wessels.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —